



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 14.07.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1

Vergabe der Erarbeitung des
Gesamtenergiekonzepts an das Institut für
Energiewirtschaft und Rationelle
Energieanwendung (IER) der Universität
Stuttgart

Vorl.Nr. 314/09

Beschluss:

1. Das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart wird mit der Erstellung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Gesamtstadt Ludwigsburg (Gesamtenergiekonzept) beauftragt. Die Beauftragung erfolgt zum 15. Juli 2009, die Erstellung dauert ca. ein Jahr.
2. Die Gesamtsteuerung des Projekts liegt beim Referat Nachhaltige Stadtentwicklung.
3. Die Gesamtsumme der Beauftragung beläuft sich auf 148.131,00 € (incl. MwSt). 80% davon werden vom Bundesumweltministerium gefördert. Für den verbleibenden Eigenanteil der Stadt Ludwigsburg werden 29.626 € (incl. MwSt) zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Moutafidis

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM Spec begrüßt das Gesamtenergiekonzept als konsequenter Schritt auf dem Weg zu einer effizienteren Nutzung von Energien und zu Energieeinsparungen. Auch mit dem Ersatz herkömmlicher durch regenerative Energieträger befinde man sich auf dem richtigen Weg. Zugleich werde der Grundstein für eine zielgerichtete Energiepolitik gelegt.

Herr Dr. **Fahl** (Institut für Energiewirtschaft und rationelle Energieanwendung) schildert die Ausgangssituation und die Zielsetzung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes und geht ein auf Projektbeteiligte und Partner, Beginn und Laufzeit des Projektes sowie die zu erwartenden Projektkosten und die mögliche finanzielle Förderung durch Dritte. Sodann spricht er die Vorgehensweise bei der Erstellung des Gesamtenergiekonzeptes und dessen Aufbau an. Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 314/09 macht er auf die verschiedenen Module innerhalb des Arbeitsplanes, wie beispielsweise Wärme, Strom oder Verkehr aufmerksam. Er erläutert die nun anlaufenden ersten Arbeitsschritte und stellt den Projektablaufplan dar.

Stadtrat Dr. **Lang** hält das vorgeschlagene Vorgehen für den richtigen Ansatz und erklärt, seine Fraktion werde dies positiv begleiten. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass sich die Stadtwerke derzeit zu einem Komplettversorger entwickelten, der auch die Komponente Strom abdecke. In diesem Zusammenhang sei die Frage der dezentralen, umweltfreundlichen Stromproduktion langfristig von erheblicher Bedeutung und die Kommunen stünden hier in einer besonderen Verantwortung. Im sei daher wichtig, dass im Sachverhalt der Vorl. Nr. 314/09 im zweiten Absatz ausdrücklich auch die umweltfreundliche Stromproduktion insbesondere durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) genannt werde, um dieses Ziel in der Aufgabenstellung zu verankern.

OBM **Spec** pflichtet Stadtrat Dr. Lang bei. Auch wenn die KWK nicht explizit genannt sei, sei dies selbstverständlich. Teilweise sei auch schon der Einstieg in das Thema erfolgt.

Stadtrat **Weiss** freut sich bereits heute auf das Gesamtkonzept. Wirtschaftlicher Energieeinsatz sei aus seiner Sicht eines der Themen der Zukunft und schaffe auch die Arbeitsplätze der Zukunft.

Stadtrat Dr. **Bohn** betont die Notwendigkeit des Gesamtenergiekonzeptes als "gemeinsames Dach" für unterschiedlichste, teilweise schon laufende Einzelprojekte. Dies sei zwingende Grundlage für eine effiziente Steuerung des kommunalen Handelns beim Thema Energie.

Auch Stadtrat **Rapp** freut sich, dass die Erstellung des Konzepts nun angegangen und die Abkehr von fossilen Brennstoffen eingeleitet werde. Er hoffe auf eine hohe Bürgerbeteiligung.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 314/09 zur Abstimmung.

TOP 2

Ludwigsburger Energieagentur (LEA)

Vorl.Nr. 244/09

Abweichender Beschluss:

1. Der Rechenschaftsbericht der Ludwigsburger Energieagentur (LEA) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der in der Mitgliederversammlung der Ludwigsburger Energieagentur (LEA) am 30.04.2009 beschlossenen Beitragserhöhung für Kommunen von 0,10 EUR auf 0,30 EUR je Einwohner ab dem 01.01.2010 wird zugestimmt. Grund für die Beitragserhöhung ist der Wegfall der Landesförderung ab diesem Zeitpunkt.
3. Die Stadt Ludwigsburg stellt bis Ende 2011 Personalkapazität, derzeit Frau Wenninger vom Referat Nachhaltige Stadtentwicklung mit 10 %, d.h. 4,1 Wochenstunden für Koordinations-

und Steuerungsaufgaben für die LEA zur Verfügung.

4. Der Zuschuss der Stadt Ludwigsburg zur LEA wird auf maximal 25 500 € pro Jahr begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zu den Ziffern 1 bis 3 wird jeweils mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der abweichende Beschluss zur Ziffer 4 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend stellt EBM **Seigfried** die Bedeutung des Beratungsangebots der LEA für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg dar und hebt die in der Zukunft noch steigende Bedeutung von energetischen Fachkompetenzen hervor. Das Angebot sei allerdings auf einem schmalen finanziellen Fundament gebaut und nach Auslaufen der Landesförderung im Jahr 2009 müsse zudem für den Landesanteil eine neue Finanzierungsalternative gefunden werden. Die bisherigen Lösungsansätze, den Kreis zu einem Engagement zu animieren oder neue Mitgliedskommunen zu akquirieren, hätten leider nicht zum Erfolg geführt. Um die Finanzierungslücke abzudecken habe man daher beschlossen, die Beiträge für die Mitgliedskommunen wie in der Vorl. Nr. 244/09 dargestellt zu erhöhen.

Stadtrat Dr. **Lang** lobt den gelungenen Start der LEA. Nun müsse diese sich jedoch auch am Markt bewähren. Es dürfe nicht sein, dass der öffentliche Anteil an der Finanzierung ständig erhöht werde, zumal sich auch die Klimaschutzagentur des Landes aus eigenen Erträgen zu finanzieren vermöge. Er stellt für seine Fraktion den Antrag, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass der Zuschuss der Stadt zur LEA auf maximal 25 500 € pro Jahr begrenzt werde.

Die Stadträte **Weiss** und Dr. **Bohn** können der Verwaltungsvorlage zustimmen. Allerdings sähen sie dieses Finanzierungsmodell ähnlich wie ihr Vorredner als zeitlich begrenzt an. Mittelfristig müsse die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt werden. Ab 2011 müsse man die weitere Finanzierung neu überdenken.

EBM **Seigfried** gibt einen kurzen Ausblick auf mögliche Entwicklungsperspektiven für die Jahre 2011ff. Neben der Beteiligung weiterer Kreiskommunen sei auch die Umstrukturierung des Vereins zu einer GmbH vorstellbar. Letzteres erleichtere dann die Erzielung von Einnahmen.

Stadtrat **Rapp** betont den Wert einer unabhängigen Energieberatung. Er gibt zu bedenken, dass eine Deckelung des Zuschusses den Handlungsspielraum der LEA immens einschränke.

Stadtrat Dr. **Heer** erklärt, er könne der Vorlage ebenfalls zustimmen.

Am Ende der Aussprache lässt OBM **Spec** zunächst über die drei bisherigen Ziffern des Beschlussvorschlages, sodann als neue Ziffer 4 über eine Ergänzung entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Wirtschaft, Kultur, Verwaltung stimmt der Fortschreibung der Tourismuskonzeption zu.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 20.000 Euro werden im Nachtragshaushalt 2009 durch Umschichtung zur Verfügung gestellt.
3. Die Tourismuskonzeption soll zum 1. Quartal 2010 unter Beteiligung externer Fachleute und der touristisch relevanten Betriebe und Institutionen in Ludwigsburg vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Schärer** (FB Wirtschaft, Medien, Tourismus) betont die Bedeutung des Tourismus für den Standort Ludwigsburg, stellt die positive Entwicklung der vergangenen Jahre dar und ruft deren Höhepunkte in Erinnerung. Für die Zukunft verspreche er sich neue touristische Chancen für Ludwigsburg insbesondere aus der interkommunalen Zusammenarbeit und der Entwicklung Ludwigsburgs zu einer Destinationsmarke. Abschließend erläutert er das Vorgehen bei der Fortschreibung der Tourismuskonzeption. Diese solle dann als Grundsatzpapier für die operative Umsetzung genutzt werden.

Stadtrat **Siegmund** gefallen insbesondere die Überlegungen zur interkommunalen Zusammenarbeit gut. Zum Vorgehen bei der Erstellung der Tourismuskonzeption regt er an, dass die Angebote hierfür auch in den gemeinderätlichen Gremien vorgestellt werden sollten.

Stadtrat **Weiss** schließt sich dem an. Zumindest müssten Vertreter des Gemeinderats in dem Gremium, das über die Angebote zu entscheiden habe, vertreten sein.

Herr **Schärer** zählt kurz die Organisationen auf, bei denen eine Aufforderung zur Angebotsabgabe in betracht komme. Das Gremium lehnt ein Angebot durch PriceWaterhouseCoopers bereits im Vorfeld mehrheitlich ab.

Auch Stadtrat **Bergold** verspricht sich neue Impulse von einer verstärkten Zusammenarbeit verschiedener Kommunen. Damit könnten auch bisherige Probleme wie der Mangel an Plätzen für Wohnmobilisten gelöst werden.

Stadtrat Dr. **Heer** kann der Vorlage zustimmen. Allerdings sei ihm eine sorgfältige Auswahl der Zielgruppen wichtig. Statt auf "Krach- und Eventtourismus" müsse der Schwerpunkt auf sanften Tourismus gelegt werden.

Herr **Schärer** will die Hinweise des Gremiums aufnehmen. Er sagt zu, die abgegebenen Angebote zunächst dem in der Vorlage beschriebenen Entscheidungsgremium zur Vorauswahl vorlegen zu wollen. Mit den drei bestplatzierten Entwürfen werde er dann zur Vorstellung in den Ausschuss für

Wirtschaft, Kultur und Verwaltung kommen.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 313/09 daraufhin zur Abstimmung.

Außerhalb der Tagesordnung macht Stadträtin **Kreiser** auf einen in der Stuttgarter Zeitung erschienen Artikel zum Thema ÖPNV-Kombiticket bei Veranstaltungen in der Multifunktionshalle aufmerksam. Sie erinnert an die Sorgen der Anwohner und bittet darum, das Thema dringend weiterzuverfolgen.

OBM **Spec** berichtet, die Betreibergesellschaft sei grundsätzlich bereit, das Thema Kombiticket anzugehen. Bei der Eröffnungsveranstaltung komme dies definitiv zum Einsatz. Der Artikel habe ihn auch verwundert.